

Nuscheler, Franz

Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21 (1998) 2, S. 30-34



Quellenangabe/ Reference:

Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe - In: ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21 (1998) 2, S. 30-34 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-63060 - DOI: 10.25656/01:6306

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-63060>

<https://doi.org/10.25656/01:6306>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

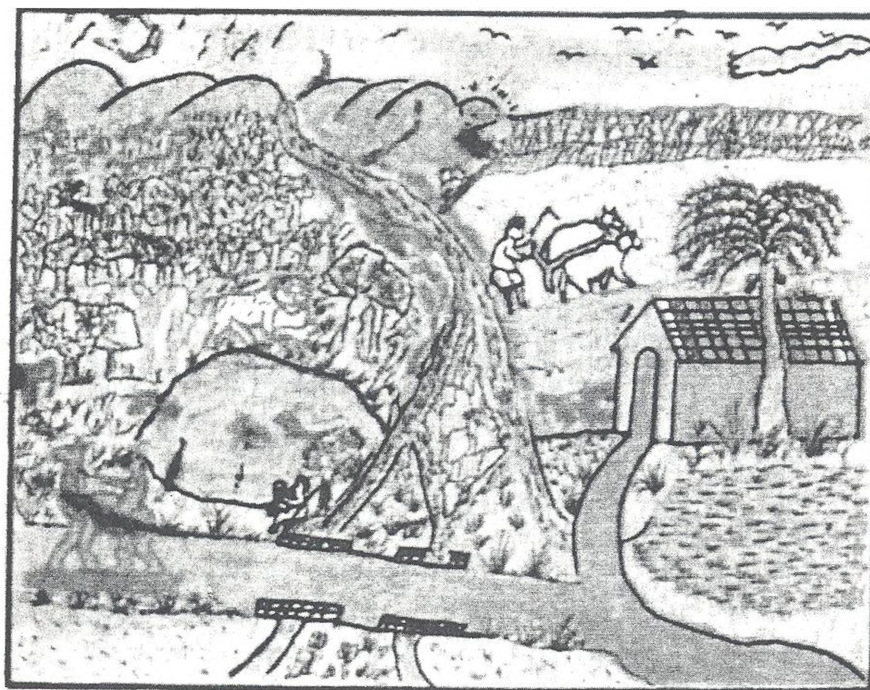
Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft



Mit: Mitteilungen der DGfE-Kommission "Bildungsforschung mit der Dritten Welt"

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung - Umbruch in der Umweltbildung - 6 Jahre nach Rio



भारत
INDIA

बाल दिवस CHILDREN'S DAY

800

1996 पर्यावरण चेतना ENVIRONMENT CONSCIOUSNESS

Aus dem Inhalt:

- Umwelterziehung und nachhaltige Entwicklung
- Umweltbildung in Lateinamerika
- Zur Integration von Umwelt- und Entwicklungspädagogik
- Der Bildungsgedanke in der Agenda 21

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

21. Jahrgang Juni **2** 1998 ISSN 1434-4688D

Dieter Gross	2	Umwelterziehung und nachhaltige Entwicklung
Dietmar Bolscho	6	Bedingungen und Hindernisse von Umweltbildung
Gerhard de Haan/ Friedrun Erben	9	Bildung für Nachhaltigkeit
Benito Fenandez	12	Umweltbildung in Lateinamerika
Colm Regan	14	Zur Integration von Umwelt- und Entwicklungspädagogik
Rajiv Vora	17	„My Village My Universe“
Heino Apel	19	Agenda 21
Meike Wulfmeyer	21	Umweltbildung in der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung Namibias
Kommentar	23	Ch. Cray: Vom schönen Schein - Der Bildungsgedanke in der Agenda 21
Portrait	25	The Natural Step
Zeppelin	28	Zeppelin-Interview
Franz Nuscheler	30	Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe
BDW	35	Informationen
BDW	39	Rezensionen und Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21.Jg 1998 Heft 2. Herausgeber: Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V. Schriftleitung: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführung: Dr. Annette Scheunpflug, Tel. 040/6541-2565 Technische Redaktion: Dr. Arno Schöppe, Tel.: 040/6541-2921. Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof. Dr. Asit Datta, Hannover; Prof. Dr. Hans Gängler, Leipzig; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dr. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof. Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Dr. Annette Scheunpflug, Hamburg; Dr. Klaus Seitz, Nellingen; Barbara Toepfer, Marburg; Prof. Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg; Kolumnen: Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Barbara Toepfer (ZEPpelin), Dr. Klaus Seitz (Bildungspolitischer Kommentar). Technische Bearbeitung/EDV: Sigrd Görgens. Verantwortlich i.S.d.P.: Der geschäftsführende Herausgeber. Abbildungen: (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/Main, Tel.: 069/784808; ISSN 1434-4688 D

Franz Nuscheler

Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe

Hier wird nicht nur das 20jährige Bestehen der ZEP, sondern auch das 30jährige Bestehen des AK3W Reutlingen gefeiert. Dieser AK3W hat mit EPIZ Pionierarbeit in der angewandten Entwicklungspädagogik geleistet, die weit über Reutlingen hinaus gewirkt hat. Diese Ballung von entwicklungspädagogischer Kompetenz bringt mich in Rechtfertigungsnöte.

Ich bin kein Entwicklungspädagoge. Ich mache zwar Bildungsarbeit, innerhalb und außerhalb der Universität, ich schreibe Bücher für die Bildungsarbeit - aber ich mache dies ohne entwicklungspädagogische Theorie, also als Autodidakt. Ich gebe zu, daß ich selbst die ZEP nur selten lese - und dieses Eingeständnis müßte mich eigentlich völlig disqualifizieren, über etwas zu sprechen, was mit Entwicklungspädagogik zu tun hat.

Ich werde also gar nicht den Versuch machen, als Entwicklungspädagoge zu dilettieren, sondern bei Schusters Leisten bleiben und die Frage stellen, wie heute Entwicklungspolitik ethisch noch begründbar, politisch noch aktivierbar und gesellschaftlich noch vermittelbar ist.

Ich mache als Hochschullehrer, als Dozent in der Lehrerfortbildung, an allerlei Akademien und Volkshochschulen sowie bei Tagungen von vielen NGOs eine Erfahrung, die alle NGOs und AK3Ws machen: Entwicklungspolitik ist nach dem mobilisierenden „Hoch auf die Solidarität“ in den 70er Jahren und frühen 80er Jahren an der Basis ebenso im Abseits wie auf der Bonner Bühne nach dem Ende des Kalten Krieges, das ihr die geostrategische Funktion der anti-kommunistischen Eindämmungspolitik genommen hat.

Vor kurzem förderte eine Konstanzer Untersuchung der Einstellungen und Lebensperspektiven von 20.000 Studierenden aller Fakultäten zutage, daß sich die große Mehrheit der jungen Intelligenz mit der Welt arrangiert hat und keinen weltverbessernden Idealen mehr nachhängt. Lehrer, vor allem „Alt-68er“, berichten, daß sie mit Dritte Welt-Themen nur das große Gähnen erzeugen, obwohl die Schulbü-

cher und Lehrmaterialien inzwischen vorzüglich geworden sind. Wir Hochschullehrer haben dann an den Universitäten die lamentablen Resultate des schulischen „Lernbereichs Dritte Welt“ vor uns.

Es gibt allerdings auch eine ganz andere Deutung dieses vermeintlichen Desinteresses von Schülern an globalen Problemen und Herausforderungen: daß sie nämlich schon zuviel über die Weltprobleme wissen und dieses von LehrerInnen der „68er“-Generation vermittelte Wissen über die Größenordnung und Komplexität der Problemlagen gerade die intelligenten und sensiblen jungen Menschen verzagen lasse, weil sie von Ohnmachtsgefühlen geplagt werden. Dies klingt sogar plausibel. Dennoch kann mich der Umkehrschluß nicht überzeugen, daß wenig Wissen mehr Bereitschaft zum Engagement schafft.

Bankrotterklärungen von Entwicklung und Entwicklungspädagogik: „Desorientierung überall“?

Man könnte aus diesen selektiven Wahrnehmungen folgern, daß die schulische und außerschulische entwicklungspolitische Bildungsarbeit versagt habe: daß es ihr weder gelungen ist, Entwicklungspolitik in der Gesellschaft zu verankern und das Solidaritätsreservoir zu vergrößern, noch - was immer ihr Anspruch und Ziel war - durch Druck von unten „oben“ - sei es in Bonn, Brüssel oder sogar in Washington - etwas zu verändern.

Entwicklungspolitik befand sich noch nie in einer so tiefen Sinn- und Rechtfertigungskrise und so tief in der politischen Irrelevanzfalle wie heute. Nur wenige Hilfswerke und NGOs regen sich noch darüber auf, daß Jahr für Jahr der Etat des BMZ gekürzt wird - und diese Aufregung hat keinerlei Wirkung auf Parlament und Regierung, obwohl Umfragen zeigen, daß die Zustimmung in der Bevölkerung zum „Prinzip Entwicklungshilfe“ immer noch erstaunlich hoch ist - sofern sie zur Armutsbekämpfung eingesetzt wird.

Der Papst der Entwicklungspädagogik und Chefdenker der ZEP, Alfred K. Tremml, entdeckte - natürlich in der ZEP (1992) - eine „Desorientierung überall“ und drei Formen dieser Desorientierung:

1. man ist sich des Zieles, wohin Entwicklung führen soll, unsicher geworden;
2. man ist sich des Weges, auf dem Entwicklung erreicht werden soll, unsicher geworden;
3. man ist sich des ganzen Unternehmens der Entwicklungspolitik unsicher geworden.

Tremml zieht aus diesen drei Desorientierungen ziemlich deprimierende Folgerungen: „Man ist verwirrt, wenn man sich des Zieles nicht mehr im klaren ist; man ist verirrt, wenn man sich des Weges nicht mehr sicher ist, und man ist irritiert, wenn man sich fragt, ob man nicht lieber doch zu Hause geblieben wäre. Diese letzte Form der Desorientierung ist die grundsätzlichste, weil sie gewissermaßen die Sinnfrage stellt und in Betracht zieht, daß man sich mit der ganzen Reise geirrt haben könnte.“

Dies ist eine literarisch verpackte Bankrotterklärung, nicht nur auf die Entwicklungspolitik, sondern auch auf die Entwicklungspädagogik. Der teilweise sterilen Aufgeregt-

heit der „68er“ folgte also die lähmende Ratlosigkeit: Warum und wofür sollen wir uns noch engagieren?

Wir alle, die sich irgendwo und irgendwie in der Entwicklungspolitik engagieren, stellen uns diese Fragen und bewegen uns ständig an der Resignations- und Frustrationschwelle. Viele von uns Dritte Welt-Bewegten haben sich in anderen Sozialbewegungen engagiert oder sind ausgestiegen. Auch bei den „Grünen“, die sich mehrheitlich aus der Friedens- und Solidaritätsbewegung rekrutierten, ist die „Nord-Süd-Politik“ inzwischen zu einem Randthema geworden, das keine Stimmen verspricht. Alfred K. Tremml liefert auch dafür eine plausible Erklärung: „Wer hält, sofern er nicht berufsmäßig dafür bezahlt wird, auch schon dauernden Mißerfolg aus? Wer kann auf Jahre hinaus, in seinem politischen und pädagogischen Engagement auf (fast) jedes Erfolgsgefühl verzichten?“

So erscheint alles entwicklungspädagogische Bemühen sinnlos. Warum brauchen wir überhaupt noch solche Unternehmen wie ZEP, EPIZ und AK3Ws?

Widerspruch zu Bankrotterklärungen

Ich möchte diesem entwicklungspolitischen und entwicklungspädagogischen Defätismus aus mehreren Gründen widersprechen:

1. Ist es denn wirklich so, daß wir das Ziel von Entwicklung nicht mehr kennen und nicht mehr wissen, wofür wir uns engagieren können und sollen? Haben nicht die Weltkonferenzen der letzten Jahre - von Rio bis Rom - Ziele formuliert und Wege aufgezeigt, die den von Tremml behaupteten Verwirrungen, Irrungen und Irritationen abhelfen können? Haben der vom Kopenhagener Weltsozialgipfel ausgerufene „Krieg gegen die Armut“ mit ganz konkreten Zielvorgaben und die vom neuesten UNDP-„Bericht über die menschliche Entwicklung“ behauptete „praktische Möglichkeit“, eine Welt ohne menschenunwürdige Armut zu schaffen, nicht Visionen eröffnet, die keine Flucht in bequeme Ohnmachtsgefühle zulassen? Die von den Weltkonferenzen verabschiedeten Aktionsprogramme haben Wegweiser, also Orientierungen, aufgestellt (vgl. Messner/Nuscheler 1996).

2. Stimmt es überhaupt, wie die wohlfeilen Bankrotterklärungen suggerieren, daß die Entwicklungspolitik nichts bewirkt, ja mehr geschadet als genutzt habe? Die UNDP-Berichte zeigen, daß auch in den Armutsregionen bemerkenswerte Fortschritte in der sozialen Entwicklung erzielt wurden, über die Fernsehberichte nicht zu berichten pflegen. Richtig ist allerdings, daß Entwicklungspolitik mehr hätte erreichen können, wenn sie zielgerichteter zur Armutsbekämpfung eingesetzt worden wäre (vgl. Nuscheler 1996).

3. Ist die Autosuggestion berechtigt, daß alles Engagement der Dritte Welt-Bewegten nichts bewegt und sich letztlich in einer Selbstbefriedigung des guten Gewissens erschöpft habe? Ich widerspreche dieser Selbstbemitleidung. Aus meinen Studien über die japanische Entwicklungspolitik habe ich gelernt, daß hierzulande - im Unterschied zu Japan - die Entwicklungslobby eine völlige Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik für kommerzielle und außenpolitische Interessen ver-

hindert hat. Auch die angebliche „Kopernikanische Wende“ unter Erhard Eppler, die gar nicht so kopernikanisch war, wäre - wie Eppler selbst häufig betont - ohne Druck der damals etwas lautstärkeren Solidaritätsbewegung der „68er“ nicht möglich gewesen.

Schließlich haben die jüngsten Weltkonferenzen demonstriert, daß die international vernetzten NGOs zwar immer noch an Katzentischen sitzen, aber doch zu gewichtigen Akteuren auf der politischen Weltbühne geworden sind, die erheblichen Einfluß auf die von den Staaten beschlossenen Aktionsprogramme gewannen. Ohne ihr sachkundiges Engagement wäre es nicht gelungen, den „Rio-Prozeß“ auch auf der landes- und kommunalpolitischen Ebene zu verankern. Inzwischen gibt es in rund 2.000 Städten und Gemeinden lokale „Agenda 21“-Aktionsgruppen mit teilweise erstaunlichen Erfolgen.

Ich widerspreche also Alfred K. Tremml, daß alles politische und entwicklungspädagogische Engagement keine Erfolgserlebnisse verbuchen und Erfolgsgefühle erleben konnte. Natürlich kamen wir den Visionen einer solidarischen und gerechteren Einen Welt nicht viel näher, aber es gab keineswegs nur Rückschritte. Wir dürfen halt die Ziele nicht allzu hoch stecken, um nicht ständig die Latte zu reißen.

Wenn es richtig ist, daß Entwicklungspolitik zunächst eine Bildungsaufgabe ist, dann findet auf der lokalen Ebene mehr Bewußtseinsbildung über die Imperative von „nachhaltiger Entwicklung“ und über das Schlagwort der „Einen Welt“ statt als die ganze PR-Arbeit des BMZ zu bewirken vermag. Hier findet der „Lernbereich Dritte Welt“ eine persönliche Erfahrungsebene, deren Lerneffekt wir bisher unterschätzt haben. Jede Veränderung beginnt mit kleinen Schritten.

4. Es scheint, daß es keine Nachfrage nach entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mehr gibt, worauf schlecht besuchte Veranstaltungen über Dritte Welt-Themen in Volkshochschulen und Akademien schließen lassen. Unsere Untersuchung von 1.000 christlichen Basisgruppen hat - zu meiner eigenen Überraschung - ein großes Bedürfnis nach sachkundiger Information zutage gefördert (vgl. Nuscheler/Gabriel/Keller/Treber 1995). Dieses Begehren war so stark, daß auch die katholischen Bischöfe inzwischen zum Beschluß gedrängt wurden, so etwas wie einen „katholischen ABP“, also ein Gegenstück zum längst bestehenden „Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik“ der EKD, dessen Geschäfte Klaus Seitz führt, einzurichten. Ich zog aus dieser Untersuchung auch die Erkenntnis, daß unter der Decke einer allseits beklagten Entsolidarisierung doch noch ein erhebliches Solidaritätspotential vorhanden ist.

Der Einwand liegt auf der Hand, daß hier die bereits Eingeweihten und Erleuchteten unter sich bleiben. Aber wer sonst soll die sogenannte Basisarbeit machen? Ohne lokale Aktionsgruppen könnten Lobby-Organisationen wie der BUKO, Amnesty International oder German Watch keine lobbyistische Wirkung erzielen und bliebe das Re-

den über zivilgesellschaftliches Engagement ein ziemlich leeres Gerede.

Ein Bericht an den Club of Rome bezeichnete die „Revolution der Barfüßigen“ als die „erste globale Revolution“ (vgl. King/Schneider 1992). Es gibt inzwischen viele und durchaus berechnete Warnungen vor einer Romantisierung und Überschätzung dieser zivilgesellschaftlichen Organisationskerne, aber ich sehe in ihnen immer noch den Sauerteig einer „aktiven Gesellschaft“, ohne die auch die Entwicklungspolitik ein Anhängsel von Außen- und Wirtschaftspolitik bleiben müßte. Gelegentlich ist schon von einer „NGOisierung“ der Weltpolitik die Rede (vgl. Messner 1997). Wir sollten solchen vorcilligen Übertreibungen und selbstgestrickten Romantisierungen widerstehen. Ich möchte deshalb einen kurzen Exkurs über Stärken und Schwächen der NGOs einschieben, der sich an Dirk Messners Einsichten orientiert.

Was können die NGOs als Organisationskerne der Zivilgesellschaft leisten?

1. NGOs haben das Privileg und die Funktion, die eingespielten Routinen der Politik durch Protest und Provokation zu stören, in Bewegung zu halten, Gegenöffentlichkeit zu erzeugen und Gegenmacht aufzubauen.

2. Die NGOs fungieren als Sensoren der Gesellschaft, greifen vernachlässigte Themen auf und konfrontieren das politische System mit einem Reformdruck von unten. Sie setzen die Politik unter Handlungs- und Legitimationsdruck.

3. NGOs tragen zur Zerkleinerung der „großen Politik“ bei und können sich leisten, über den kurzen Zeithorizont von Wahlterminen hinauszuschauen und Vorschläge zu unterbreiten, die aus machtpolitischen Gründen tabuisiert werden.

4. Die NGOs konfrontieren die Welt der Sachzwänge und scheinbar unveränderbaren Systemlogiken oft mit der Welt des Wünschbaren und der Utopie von einer besseren Welt - und können so zuweilen zumindest Nachdenklichkeit bewirken und Denkanstöße geben. Handeln beginnt bekanntlich im Kopf.

5. NGOs tragen dazu bei, das soziale und moralische Kapital einer Gesellschaft zu mobilisieren; sie bringen zum Ausdruck, daß es neben Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen auch noch Bedürfnisse nach erlebbarer Gemeinschaft und kreativer Betätigung im Gemeinwesen gibt. Sie holen gewissermaßen die Politik in die Gesellschaft zurück.

Unsere Untersuchung der christlichen Dritte Welt-Gruppen hat folgende - über das christliche Milieu hinaus verallgemeinerungsfähige - Erkenntnisse zutage gefördert: „In die Handlungsformen und -motive der Dritte Welt-Gruppen gehen in vielfältiger Weise Kompetenzen und Lebensformen ein, die in der übrigen Gesellschaft zunehmend von Entwertung bedroht sind ... Dritte Welt-Arbeit bietet eine Chance, solche Kompetenzen und Lebensstilformen zu erhalten, zu stabilisieren und eine öffentliche Anerkennung zu finden.“

Dritte Welt-Gruppen „sind Sauerteig einer gelebten Solidarität und Antriebskräfte eines Bewußtseinswandels in den Ego-Gesellschaften des Nordens, ohne den die solidarische Eine Welt nicht entstehen kann. Die globale Verantwortungs-ethik (das „globale Denken“) muß unten ansetzen (...), damit sich oben überhaupt etwas bewegt.“

Diesen Innovations- und Kreativitätspotentialen stehen einige Schwächen gegenüber, die keine Romantisierung der NGOs zulassen und vor einer Überschätzung - auch Selbstüberschätzung - ihrer Rolle in der Innen- und Weltpolitik warnen:

1. Die NGOs greifen oft punktuell Problemfelder auf und erarbeiten sich auf diesen Feldern beachtliche Sachkompetenz, berücksichtigen aber bei dieser Engführung die Interdependenzen zwischen Politik- und Problemfeldern nicht hinreichend. Paradigmatisch ist das Handeln von Umwelt-NGOs, die oft Belange des Arbeitsmarktes ignorieren. Auch NGOs leiden häufig an einer Kurzsichtigkeit, die sie der Politik anzulasten pflegen, weil sie die Wirkungen ihrer Aktivitäten auf andere Problemfelder ausblenden. Ihr Erfolg beruht auch auf dem Privileg, sich nicht um den Ausgleich von Zielkonflikten kümmern und Entscheidungen treffen zu müssen.

2. Die NGOs haben zwar die kommunikative Infrastruktur der Gesellschaft verbreitert und zur Rückbindung der Politik in die Gesellschaft beigetragen. Manche neigen allerdings, weil sie auf die Schaffung von Öffentlichkeit über die Medienpräsenz setzen, zu einer „Skandalisierung“ der Politik. Statt komplizierte Sachverhalte verständlich zu machen und Lösungswege aufzuzeigen, werden Skandale medienwirksam inszeniert.

3. Größere NGOs haben innere Demokratie- und Legitimationsdefizite; statt auf Wählerfang gehen sie auf Spendenfang. Die Zustimmung zu ihrer Arbeit über Spenden hinterläßt ein Legitimationsvakuum: In wessen Namen und für wieviele Menschen sprechen die NGO-Funktionäre? Es gibt eine wachsende Gruppe professionalisierter NGOs, die kaum mehr über aktive Mitstreiter verfügen, sondern auf der Grundlage von Spendengeldern Lobbyarbeit für dieses oder jenes Anliegen betreiben. Was unterscheidet dann noch solche Lobby-NGOs von klassischen Verbänden, die zumindest eine innerverbandliche Demokratie haben?

Zwischenbilanz zur Rolle der NGOs: Wer kümmert sich um „das Ganze“?

Die NGOs sind ein belebendes Element der Demokratie; sie erhöhen die Sensibilität gegenüber ausgegrenzten Themenfeldern und üben auf diese Weise wichtige Korrekturfunktionen aus. Sie bieten Optionenvielfalt und Partizipationschancen. Aber die NGOs sind keine besseren politischen Akteure, sondern andere Akteure mit komparativen Vor- und Nachteilen. Der Mythos von den a priori basisdemokratischen und nur edlen Zielen verpflichteten Organisationen ist korrekturbedürftig. In der Dritten Welt tauchten auch sie in den Sumpf der Korruption ein. Die viel gescholtenen Parteien und Parlamente sind noch immer die

Orte, die sich letztlich um „das Ganze“ kümmern müssen. Es ist nicht zuletzt diese Verpflichtung „auf das Ganze“, die zur Verlangsamung von Entscheidungen, zur Verärgerung spezifischer Interessen- und Akteursgruppen, zu vielen unbefriedigenden Kompromissen und zuweilen zur Blockierung von Politik beiträgt.

Drei Thesen zur Funktion der Entwicklungslobby und zur Verteidigung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Ich möchte im nächsten Schritt diese allgemeinen Einschätzungen der „NGO-Szene“ herunterbrechen auf die Entwicklungslobby. Meine erste These ist, daß die Entwicklungslobby wirklich das Salz in der Suppe ist. Selbst Minister Spranger vereinnahmte sie als „zweites Standbein“ der Entwicklungszusammenarbeit und trat zusammen mit NGOs auf, um gegen weitere Kürzungen seines Etats öffentlichen Druck zu erzeugen.

Die Staaten haben auf den Weltkonferenzen der 90er Jahre - schon unter kräftiger Mitwirkung der NGOs - Aktionsprogramme verabschiedet, durch deren Verwirklichung sie die Welt verändern könnten. Der 1997er UNDP-„Bericht über die menschliche Entwicklung“ sieht sogar die „praktische Möglichkeit“, überall auf der Welt die Armut zu überwinden - was ich selbst nicht einmal für eine konkrete Utopie halte. Willy Brandt schrieb vor fast zwei Jahrzehnten in der Einleitung zum „Brandt-Bericht“: „Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige technische und finanzielle Ressourcen verfügt, um mit Hunger und Armut fertig zu werden. Die gewaltige Aufgabe läßt sich meistern, wenn der notwendige gemeinsame Wille mobilisiert wird.“

Wer aber soll diesen politischen Willen mobilisieren, den man bei der Umsetzung aller von den Weltkonferenzen verabschiedeten Aktionsprogramme vermissen kann. Auch die Bundesrepublik Deutschland unterschrieb die sog. „20/20-Initiative“, in der sie sich verpflichtete, 20 % ihrer Entwicklungshilfe in soziale Grunddienste zu investieren. Sie entfernte sich aber im letzten Haushaltsjahr und im Haushaltsplan für das nächste Jahr weiter von dieser Zielvorgabe.

Wer soll dafür sorgen, daß die Regierung ihre internationalen Verpflichtungen einhält? Ohne Druck von unten macht sich nicht einmal die parlamentarische Opposition für etwas stark, was keine Wahlstimmen verspricht. Ohne aktive Entwicklungslobby würde die Entwicklungspolitik noch mehr ins politische Abseits geraten. Die wenigen Einzelkämpfer in den Parlamentsfraktionen, die mit diesem „exotischen“ Politikbereich ihre Karriere riskieren, betteln geradezu um mehr Druck von unten.

Meine zweite These ist, daß auch die Entwicklungslobby dringend mehr Bildungsarbeit braucht, um ihr Engagement mit mehr Sachkunde aufzurüsten. Sie agitiert häufig immer noch mit ziemlich plumpen Argumenten, mit denen sie weder die Entscheidungsträger beeindrucken noch die Menschen zu Solidarität bekehren kann. Deshalb konnte Siegfried Kohlhammer (1993) den „edlen Seelen“ in der Solidaritätsbewegung vorwerfen, Sachkunde durch gesinnungstüchtigen und nervenden Moralismus zu ersetzen. Wörtlich (S. 114): „Unserer Verpflichtung zur Hilfe für die Dritte Welt

kommen wir nicht dadurch umso gewissenhafter nach, je ausdrücklicher wir uns der Ausbeutung anklagen und zum Abschaum der Erde erklären, sondern indem wir uns präzise Kenntnisse über die komplexe Wirklichkeit der Dritten Welt und des Verhältnisses von Erster und Dritter Welt verschaffen und danach entwicklungspolitisch und humanitär handeln.“

Welche Konsequenzen soll die Entwicklungslobby aus solchen Attacken ziehen, die in Bonn genüssliche Resonanz fanden? Sie muß ihr Drängen und Bohren mit Sachkunde untermauern. Mit anderen Worten: Entwicklungspädagogik ist nicht nur eine Lern- und Vermittlungsaufgabe an Schulen, sondern Entwicklungspolitik ist auch für die Entwicklungslobby eine ständige Bildungsaufgabe. Wenn sie gehört werden will, ist die Kraft der Argumente wichtiger als die Phonstärke von Protesten.

Das BMZ, die EU-Kommission oder die Weltbank wissen schon, warum sie den Dialog mit wichtigen NGOs suchen. Es geht dabei auch, aber nicht allein um den Versuch, eine artikulationsfähige Opposition zu domestizieren, sondern auch um die Einsicht, daß die großen Weltprobleme ohne Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren weder konzeptionell noch operationell gelöst werden können. In dieser Kooperation entdeckte die internationale Commission on Global Governance (1995) die neue Qualität von Global Governance zur Bewältigung der Weltprobleme.

Meine dritte These zur Verteidigung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf ihren verschiedenen Ebenen und ihren unterschiedlichen Gestaltungsformen beruht auf dem empirischen Nachweis, daß es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Förderung und Intensität der Bildungsarbeit und der Solidaritätsfähigkeit von Gesellschaften gibt, die sich nicht nur, aber auch in der Höhe der Entwicklungsetats ausdrückt. Die britische Development Education Association (1997) wies jüngst in einer vergleichenden Studie nach, daß sich die OECD-Länder, die pro Kopf am meisten in die Development Education investieren, auch die höchsten Entwicklungsetats im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt leisten können, obwohl auch sie von Haushaltsproblemen geplagt sind: Dies sind Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande. Die Länder, die in den letzten Jahren ihre Entwicklungsetats am stärksten gekürzt haben, sind auch die Länder mit den geringsten Investitionen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Zu ihnen zählt neben GB, den USA und Frankreich auch Deutschland.

Aus dieser Kausalität fällt nur Japan heraus, das inzwischen zum „Weltmeister in Entwicklungshilfe“ avanciert ist, obwohl es eine sehr unterentwickelte „NGO-Szene“ hat. Hier beflügelte vor allem der Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat die Spendierfreudigkeit, obwohl sich Japan in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise befindet.

Trotz dieser Ausnahme von der Regel leite ich aus der auffälligen Korrelation zwischen der Höhe der Investitionen in die Bildungsarbeit und der Höhe der Entwicklungs-

etats (in Relation zum BSP) eine Wechselwirkung ab. Eine aktive Bildungsarbeit schafft in der Gesellschaft ein Bewußtsein, das den Politikern ermöglicht, den Wählern relativ hohe Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit oder für multilaterale Hilfsprogramme abzuverlangen. Es müßte also auch im Eigeninteresse des BMZ liegen, mehr in die Bildungsarbeit zu investieren, um ein weiteres Schrumpfen seines Etats zu verhindern.

Es gibt auch in Deutschland hoffnungsvolle Initiativen

Ich möchte hier nicht nur über Versäumnisse lamentieren, sondern auch über positive Beispiele berichten - und sie zur Nachahmung empfehlen. Das hochverschuldete und von Strukturkrisen gebeutelte Land NRW richtete jüngst nicht nur 33 Stellen für sog. Promotoren ein, die lokale Eine Welt-Gruppen unterstützen und mit Bildungsarbeit versorgen sollen. Die Landesregierung beließ es auch nicht bei der Einrichtung eines konsultativen Eine Welt-Beirats mit mehr oder weniger symbolischen Funktionen, sondern verfügte auch nach dem Vorbild der Niederlande im Gemeindefinanzierungsgesetz, daß 50 Pfennig pro Kopf für entwicklungspolitische Aktivitäten vor Ort abgezweigt werden. Es ist allerdings betrüblich, daß manche Gruppen diesen Segen aus der Gemeindekasse gesetzwidrig zur Finanzierung von Hilfsprojekten in der Dritten Welt und nicht - was die Absicht des Landesgesetzgebers war - für die Bildungsarbeit in der Kommune verwenden.

Dennoch halte ich diese Initiative, die auch durch Anforderungen aus der „NGO-Szene“ zustande kam, für hoffnungsvoll und nachahmenswert. Das BMZ könnte ja mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Etatposten für die Förderung der Bildungsarbeit nicht abschmelzen, sondern aufstokken. Dann wäre auch seine Beteuerung, daß Entwicklungspolitik ohne Verankerung und Unterstützung in der Gesellschaft keine Zukunft habe, glaubwürdiger.

Zusammenfassung: Widerspruch zu Alfred K. Tremel

Vielleicht wird am Ende verständlich, warum ich nicht in das Requiem auf die Solidaritätsbewegung einstimme, obwohl sie an Auszehrung leidet und das „Hoch auf die Solidarität“ nicht mehr bei jedem Happening zu hören ist. Ich stimme auch nicht in die wohlfeilen und so aufgeklärt erscheinenden pauschalen Bankrotterklärungen der Entwicklungspolitik und in das Lamento über die Sinnkrise der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ein.

Ich widerspreche Alfred K. Tremel, daß wir nicht mehr wissen, welche Ziele Entwicklungspolitik haben und welche Wege sie einschlagen soll. Es mangelt nicht so sehr an diesem Wissen, sondern an der Bereitschaft, aus diesem Wissen Konsequenzen zu ziehen. Wir haben in vier Jahrzehnten auch Erfahrungen gesammelt, was wir tun oder was wir lassen sollten. Die Ausrede der Ratlosigkeit gilt nicht! Hans Jonas hat kurz vor seinem Tod in einem „Spiegel“-Interview daran erinnert, daß wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein Verantwortungsproblem haben.

Weil ich kein Entwicklungspädagoge bin, weiß ich nicht,

wie Entwicklungspolitik mit welchen Methoden und Medien besser vermittelt werden könnte als bisher. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß eine gute Entwicklungspädagogik nötiger denn je ist, weil Entwicklungspolitik eben auch eine Bildungsaufgabe ist und ohne breite Verankerung in der Gesellschaft keine Zukunft haben kann.

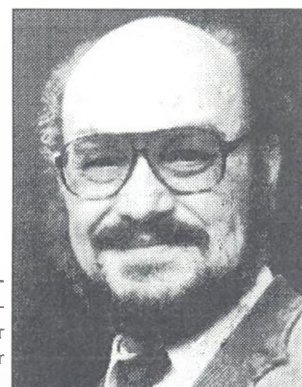
Die zu lösenden Weltprobleme verlangen gebieterisch, daß sie kein Aschenputtel in der Gesamtpolitik bleibt, sondern - verstanden als Lernprozeß und solidarisches Handeln - zu einem Projekt der Zukunftssicherung aufgewertet wird. Auch die Vermittlung dieser Einsicht ist eine Aufgabe der Bildungsarbeit. Sie hat also noch große Aufgaben vor sich. Und es läge im aufgeklärten Eigeninteresse der Politik, diese Bildungsaufgabe auch außerhalb des schulischen „Lernbereichs Dritte Welt“ stärker zu fördern. Bankrotterklärungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit aus entwicklungspädagogischer Sicht könnten dagegen auch der ZEP die Existenzrechtfertigung entziehen.

Literatur

- Commission on Global Governance (1995): *Nachbarn in Einer Welt*, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
 Development Education Association (1997): *The Case for Development Education*, London.
 King, Alexander/Schneider, Bertrand (1992): *Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome*, Frankfurt/M.
 Kohlhammer, Siegfried (1993): *Auf Kosten der Dritten Welt?* Göttingen.
 Messner, Dirk (1997): *Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-)Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
 Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1996): *Weltkonferenzen und Weltberichte*, Bonn.
 Nuscheler, Franz (1996): *Gegen den entwicklungspolitischen Pessimismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/96.
 Nuscheler, Franz/Gabriel, Karl/Keller, Sabine/Treber, Monika (1995): *Christliche Dritte Welt-Gruppen. Praxis und Selbstverständnis*, Mainz.
 Tremel, Alfred K. (1992): *Desorientierung überall oder Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht*, in: *ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik*, 15(1), S. 6-17.
 UNDP (1997): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1997*, Bonn.

Anmerkung

- ¹ Vortrag gehalten anlässlich des 20jährigen Bestehens der ZEP, bzw. des 30jährigen Bestehens des „Arbeitskreises Dritte Welt“ in Reutlingen



Prof. Dr. Franz Nuscheler, seit 1974 Lehrstuhl für Internationale und Vergleichende Politik und Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Gerhard Mercator Universität Duisburg.